

“COVID–19: Eng Zäsur an der Gestaltung vun eisem Gesellschafts- a Wirtschaftsmodell: Am Kader vun der „Relance économique“ de Strukturwandel fir eng nohalteg Zukunft grad elo an d’Weeër leeden!“

Mee 2020

Die Corona-Krise hat auf eindringliche Art und Weise aufgezeigt, wie fragil wir als Menschen sind, wie ausgeliefert wir der Natur und damit natürlichen Phänomenen, in einem gewissen Sinne, sind. Der blinde Glaube, dank ausgeklügelter Techniken könnte der Mensch die Natur überlisten und sogar kontrollieren, wurde ad absurdum geführt.

So ist COVID-19 ein Weckruf sondergleichen, der aufzeigt, dass sich die Naturgesetze nicht nach vermeintlichen ökonomischen Zwängen richten, so wie dies in der Vergangenheit allzu häufig vermittelt wurde (nach dem Motto: “Klimaschutz muss warten, zuerst muss die Wirtschaft laufen.”).

Covid-19 hat ebenfalls aufgezeigt, wie teuer Nichthandeln ist. Die ökonomischen Kosten dieser sanitären Krise sind gewaltig! Seit Jahren, ja Jahrzehnten, führen Klimaschützer ebenfalls immer wieder an, dass die Klimaveränderung enorme Kosten verursachen wird. Setzt sich die Erkenntnis nun durch, dass das Vermeiden von Krisen weitaus intelligenter und billiger ist, als das Eindämmen der Folgen der Krisen? Dies sowohl aus wirtschaftlicher, als auch aus sozialer und ökologischer Sicht!?

COVID-19 hat mit aller Brutalität zudem die Folgen einer ausufernden Globalisierung mit langen Lieferketten und Abhängigkeiten dargelegt.

Aber COVID-19 steht ebenfalls für positive Erfahrungen. Eine zentrale ist dabei: unsere Gesellschaft ist nach wie vor fähig zu Handeln! Es ist bemerkenswert, mit welcher Konsequenz (und gesellschaftlicher Akzeptanz) in einer ersten Phase der Pandemie reagiert und eine Ausbreitung des Virus begrenzt wurde. Und wie sehr auch Politiker*innen geschätzt werden, die sich ihrer Verantwortung stellen! Und nicht zuletzt: Die Corona-Krise offenbarte auf eindringliche Art und Weise, was für uns Menschen, für ein erfülltes Leben, wirklich wichtig ist. Nicht Konsum oder Streben nach “Konkurrenz” sondern Teilhabe, Gemeinsinn, Solidarität, Miteinander, dies macht Hoffnung für die Zukunft!

1. Welche grundsätzlichen Erkenntnisse aus der Corona-Krise ziehen?

Es gilt u.a. folgende Lehren aus COVID-19 für unser Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell sowie aus der Biodiversitäts- und Klimakrise zu ziehen:

- Die “Allmacht” des Menschen über die Natur ist ein Trugschluss, wir sind durchaus verletzlich und abhängig von unserer natürlichen Umwelt / den Lebensgrundlagen;
- Gesundheit und Wohlbefinden stehen in der Werteskala über dem ökonomischen Wachstumsprinzip;
- Die Auslöser der Biodiversitäts- und Klimakrise sowie auch Pandemien wie Corona sind in weiten Teilen identisch (Zerstörung von Lebensräumen, Konsum und Ressourcenverbrauch, überbordende Globalisierung...);
- Pandemien, Biodiversitäts- und Klimakrise vermeiden ist kostengünstiger und sozialverträglicher als die Konsequenzen der Krise zu erleiden;

- Die sozialen Ungleichheiten in unseren Gesellschaften (innerhalb der Länder und weltweit) sind verheerend: es sind die Schwächsten, die unter den Krisen zu leiden haben;
- Die Wissenschaft soll als zentraler Rahmen für die politische Gestaltung wahrgenommen werden;
- Fakten, dass und wie gehandelt werden muss sind bekannt, vertagen würde verheerende Konsequenzen haben;
- Zahlreiche Menschen unterstützen Politiker, die Gestaltungsfähigkeit zeigen.

2. Pandemien, Biodiversitäts- und Klimakrise gehen Hand in Hand!

Seit Jahren warnen Wissenschaftler*innen vor einer Pandemie, dies als bekannte Konsequenz der Zerstörung von Lebensräumen u.a.m. Ebola, die Schweinegrippe und andere Epidemien oder Pandemien waren Vorboten, die jedoch wohl von so manchem “nur” als Problem von weit entfernt liegenden Ländern empfunden wurden. Wie beim Klimaschutz funktionierte kein “frühzeitiges” Alarmsystem. Es wurde nicht koordiniert reagiert, um das Risiko des Entstehens derartiger Pandemien zu verringern. Verdrängung war und ist leider immer noch angesagt.

Bei COVID-19 wurde nun endlich gehandelt. Die “direkte Betroffenheit” (“ich oder ein Freund, Familienmitglied riskiert durch COVID-19 erhebliche Schäden oder gar den Tod”) sowie die dramatischen Bildern aus Italien waren sonder Zweifel ausschlaggebend dafür, dass so entschieden reagiert wurde.

Wird es bei der Biodiversitäts- und der Klimakrise nun möglich sein, das Schlimmste zu verhindern und sofort zu handeln?

Die Klima- und die Biodiversitätskrise ist leider schleichender und bricht nicht innerhalb von einigen Wochen schlagartig über uns herein, wie die Corona-Pandemie. Und obwohl wir zwar durchaus bereits in unseren Breiten die Konsequenzen der Klimaveränderung spüren, wirken sie derzeit doch weniger “dramatisch” als beispielsweise Bilder von Lastwagenkolonnen, die mit Särgen durch Städte fahren. Auch die Bilder von Menschen, die unter Dürre, Überschwemmungen, Krankheiten und Hungersnöten in den weniger entwickelten Ländern der Welt leiden, erscheinen in diesem Zusammenhang doch recht weit entfernt.

Die große Herausforderung liegt darin, dass wir uns diesem (vielleicht auch nur menschlichen) Verdrängungsmechanismus bewusst werden und gerade deshalb endlich handeln.

Denn es ist unumstößlich: die Klima- und die Biodiversitätskrise sind in ihrer Tragweite noch weitaus dramatischer als das Corona-Virus. Es wird niemals eine Impfung, ein Medikament dagegen geben und auch keine Exit-Strategie aus einem Lockdown. Sind Lebensräume und Ökosysteme kollabiert (was derzeit im Gange ist), kippt das Klima ... dann ist ein Zurück in eine vermeintliche Normalität nicht mehr möglich. Und auch die ökonomischen Folgewirkungen sind unvergleichlich dramatischer.

Es bietet sich nun die historische Chance, insbesondere aufgrund der COVID-19-Erfahrungen, endlich die seit langem überfällige Transformation unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems im Sinne der Bewältigung der Klima- und der Biodiversitätskrise einzuleiten. Ebenso wie die Schaffung einer resilienteren und gerechteren Gesellschaft und Wirtschaft!

Auf keinen Fall darf nun aufgrund der ökonomischen Einbrüche der Umbau verschoben werden: gerade dies wäre das absolut falsche Signal.

COVID-19 hat gezeigt, die Naturgewalten lassen sich nicht steuern! Die Klima- und die Biodiversitätskrise warten nicht. Jeder verlorene Tag zum Umbau verschärft diese Krisen, und die nicht zu bewältigenden Folgen.

Deshalb sollten die Regierung, die politischen Parteien, die Zivilgesellschaft und wir alle gerade jetzt den Mut aufbringen, die gesellschaftliche Transformation anzugehen.

3. Politisches Handeln nach Corona darf sich nicht auf eine “relance économique” im klassischen Sinne begrenzen! Ziel muss ein fundamentaler Strukturwandel für eine nachhaltige Zukunft sein

Derzeit laufen vor allem Diskussionen darüber, welche Unterstützungen Arbeitnehmer*innen, sowie verschiedene wirtschaftliche Sektoren (weiter) benötigen. Diese Diskussionen und kurzfristigen Schritte sind ohne Zweifel notwendig und vordringlich.

Der Mouvement Ecologique ist dabei entschieden der Überzeugung, dass die Politik nicht “nur” die sozialen Probleme abfedern und eine “relance économique” gewährleisten soll, sondern die Vergabe der Gelder auch im Sinne der dringend gebotenen nachhaltigen Umgestaltung des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems einsetzen soll.

Dies erfordert nicht nur, wie es scheinbar derzeit vor allem angedacht wird, die Erhöhung dieser oder jener Subvention für eine sinnvolle Initiative (z.B. auf der Ebene der Renovation). So sinnvoll derartige Programme sein mögen, sie reichen bei weitem nicht aus.

Es sollte sehr gezielt seitens der Regierung – nach Diskussion mit Akteuren und der breiten Öffentlichkeit – nicht nur Gelder in den “Bestand des Bestehenden” investiert werden, sondern vielmehr im Sinne der mehrfach thematisierten Transformation des Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells! D.h. staatliche Hilfen müssen zwingend tieferschürfender im Sinne des überfälligen Strukturwandels investiert werden.

Es dürfen nicht erneut die Fehler der Finanzkrise begangen werden, in welcher erhebliche Finanzmittel ohne direkte Zukunftsstrategie verteilt wurden.

Folgende Prinzipien sollten dem Reformpaket nach Ansicht des Mouvement Ecologique zu Grunde liegen. Dieses muss:

1. Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen im Fokus haben, statt Wachstumsorientierung und Produktivitätssteigerung der Wirtschaft als Maßstab zu nehmen;
2. wissenschaftliche Erkenntnisse als Referenzrahmen anerkennen;
3. einen zentralen Beitrag zur Bewältigung der Klima- und Biodiversitätskrise leisten;
4. eine sozial gerechtere Verteilung von Reichtum prägend mitgestalten – die Schwächsten müssen in den Fokus gerückt werden;
5. dazu beitragen, ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell aufzubauen, das widerstandsfähiger gegenüber zukünftigen Krisen und demnach resilienter ist;
6. vor allem auch den finanzschwachen Haushalten sowie mittelständischen, regional produzierenden Betrieben, als “fondement de notre tissu économique”, dienen;
7. die Innovation auf allen Ebenen fördern (Produktionsprozesse, neue Techniken und Produkte);
8. neue Wege des Gemeinwohls bewusst in den Fokus rücken!

4. Engagement Luxemburgs auf EU-Ebene!

Es steht eindeutig fest, dass gerade die Orientierung des “Green Deal” auf europäischer Ebene von besonderer Bedeutung ist. Der Mouvement Ecologique erwartet, wie die Umweltbewegungen europaweit (u.a. Friends of the Earth, Bureau Européen de l’Environnement), dass dieser “Green Deal” aufgrund der Corona-Krise noch weitaus mutiger wird in seinen Vorgaben betreffend den so dringend gebotenen Strukturwandel. Auf keinen Fall dürfte das Gegenteil der Fall sein. So haben die europäischen Umweltbewegungen folgenden Appell gestartet und bereits mehr als eine Million Unterschriften gesammelt:

“We call upon political leaders to develop comprehensive EU and national Sustainable Recovery Plans. In particular, this means:

- Step up policy action against climate change and biodiversity loss at EU, national and international level, by strengthening and continuing the implementation of the targets, strategies and laws announced in the European Green Deal;
- In high-carbon and other potentially polluting sectors such as intensive agriculture, make support to companies conditional on their alignment with environmental and climate objectives. No bailouts should be given to unviable or polluting industries that have no future in tomorrow’s economy. State aid, loans, subsidies and other direct or indirect support to companies must come with strict conditions, monitored and enforced by the EU, and focus on sustainable initiatives and the creation of sustainable jobs;

- The establishment of a sizable green recovery fund backed up by all available EU financial tools (including the MFF and its spending programmes, new funds, the use of the European Stability Mechanism and exploring so-called ‘eurobonds’), to finance the green and just recovery. These interventions must be based on established principles such as transparency, accountability and community-driven solutions.
- Public and private investment throughout the recovery should be guided by the EU’s taxonomy to accelerate the shift from polluting into green sectors; similarly the European Investment Bank should bring its lending policies in line with the European Green Deal objectives by end 2020; In addition, sustainable finance policies should be accelerated and a taxonomy of unsustainable practices to be excluded agreed.
- Recovery plans must put people’s well-being at the heart of the crisis response and deliver social benefits and protect workers’ rights through a ‘just transition for all’.

We support the many appeals for green recovery that have blossomed across Europe:

By 13 EU governments, Members of the European Parliament, the Club of Rome, scientists, NGOs, 200 representatives from business and politics, energy companies, and many more. The European Council had also called on the EU to prepare an economic recovery plan that would integrate the green transition. To these voices we add ours. »

5. Für ein nachhaltiges Investitionsprogramm: 6 Leitbilder und 19 konkrete Anregungen für Luxemburg

Wie bereits erwähnt, erfolgt derzeit in Luxemburg primär eine Debatte darüber, welche Abfederungen aus sozialer Sicht bzw. für bestimmte Branchen im Sinne der Existenzsicherung kurzfristig geboten sind. Derartige Maßnahmen sind ohne Zweifel notwendig, um sowohl vor allem mittelständigen Betrieben Perspektiven zu eröffnen bzw. auch menschliche Schicksale zu berücksichtigen.

Zentral ist aber darüber hinaus nach Ansicht des Mouvement Ecologique auch die Festlegung - nach einer öffentlichen Debatte - über

- “nachhaltige Investitionen (Erneuerbare Energien, Emissionsfreie Verkehrstechnik, “Grüne” Infrastrukturen und Infrastrukturanerkerung, nachhaltige Stadtmobilität, Ökologisierung von Land- und Forstwirtschaft, grüne Digitalisierung, nachhaltige Bildung und Forschung ...) und
- Maßnahmen, die als nicht-nachhaltig anzusehen sind (Erschließung fossiler Energien, Massentierhaltung, Individualverkehr ...).

Grundsätzlich gilt aus unserer Sicht: staatliche Finanzinvestitionen und Zahlungen sollen an ökologische Kriterien / Umweltleistungen geknüpft werden und gleichzeitig zum Aufbau eines sozial gerechteren und resilienteren Gesellschafts- und Wirtschaftssystems beitragen.

Dringend notwendig ist entsprechend eine politisch-gesellschaftliche Absprache über jene Kriterien, die grundsätzlich Konjunktur- und Strukturhilfen zu Grunde liegen sollen.

Ziel muss sein: Überleben sichern und gleichzeitig fit für die Zukunft machen.

Die wirtschaftliche Relance darf nicht dazu führen, dass heutige falsche Rahmenbedingungen noch weiterhin staatlich unterstützt werden (u.a. fossile Energien). Im Gegenteil: sie muss dazu dienen, eine Wende in den verschiedenen Sektoren Energie, Verkehr, Transport sowie Landnutzung bzw. Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung sicherzustellen und neue Pfade auf der Ebene des Gemeinwohls und der Daseinsvorsorge zu unterstützen und zu festigen. Es geht sowohl um einen Ausstieg aus fossilen Energien, die Eindämmung des Ressourcenverbrauchs, um den Aufbau einer wirklichen Kreislaufwirtschaft und neben Effizienz auch um Verhaltensänderungen und Suffizienz.

Es geht es um Hilfen zur Ankurbelung der Wirtschaft zwecks Überwindung der Krise und ihrer Folgen UND zur nachhaltigeren und resilienteren Gestaltung des künftigen Wirtschaftens. Alle mittelfristigen Unternehmenshilfen müssen an diese Kriterien gebunden werden. Zusätzlich gilt es darüber hinausgreifende Initiativen gerade nun zu unterstützen und zu fördern, die erwiesenermaßen wohlfahrtsteigernd sind, und zu einem resilienteren Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell führen.

Folgende politische Ziele leiten sich nach Ansicht des Mouvement Ecologique direkt aus der Corona-Krise ab, wobei folgende Leitlinien und Instrumente im Fokus stehen:

Leitbild 1: Globalisierung neu denken – Regionalisierung sicherstellen

Auch in eher “klassischen” ökonomischen Kreisen setzt sich durch die COVID-19 Krise mehr und mehr die Überzeugung durch, dass die Globalisierung, wie sie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erfolgte, in dieser Form nicht mehr tragfähig ist.

Endlos lange Lieferketten; Abhängigkeiten in der Produktion von einigen wenigen; Globalisierung von Aktivitäten, deren Ansiedlung auf regionaler Ebene sonder Zweifel sinnvoller wäre (Gesundheitssektor, Landwirtschaft, Baumaterialien...) u.a.m. Diese und ähnliche Ausprägungen der Globalisierung werden von mehr und mehr Menschen aber auch Ökonomen verstärkt hinterfragt.

Die Notwendigkeit einer gewissen Re-Regionalisierung von Wirtschaftsstrukturen und der daran gekoppelten Reform des Weltmarktes ist eindeutig. Die regionalen Wirtschaftskreisläufe sind weniger krisenanfällig und resilienter als globale Märkte!

Dabei muss vor allem auch den Anforderungen der Länder des Globalen Südens Rechnung getragen werden. Denn diese leiden am meisten unter der Klimakrise (die durch das Wirtschaftssystem und den Lebensstil in den Ländern des Nordens ausgelöst wurde...), aber auch unter der Pandemie. Millionen Menschen des Globalen Südens haben aufgrund der Pandemie ihre Arbeit, ohne soziale Abfederung, wie wir sie kennen, verloren. Millionen Menschen wurde ihr Boden entzogen, damit Produkte für uns hergestellt werden konnten (Stichworte: Soja, Palmöl). Die Konsequenz: In dieser Krisenzeit fehlt ihnen nicht nur ein Einkommen sondern ebenfalls die Anbaufläche für die Produktion von Lebensmitteln zur Selbstversorgung.

Ein gerechter(er) Welthandel muss die Lehre aus COVID 19 sein, auch angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise. Dieser sollte nicht – wie der heutige – auf Konkurrenz zwischen Staaten und Kontinenten fußen, sondern verstärkt eine ökologisch und sozial sinnvolle Partnerschaft beinhalten!

Es gilt nun diese Erkenntnisse mit Leben zu füllen. U.a. durch folgende Maßnahmen

1 Der Aufbau eines gerechteren Welthandels ist ein Muss!

Luxemburg muss sich für eine Neuordnung des Welthandels einsetzen, dies auf EU-Ebene sowie in weltweiten Gremien. Verteilungsgerechtigkeit, soziale und ökologische Ziele sowie Menschenrechte müssen die Fundamente des Welthandels sein, die Globalisierung muss in den Dienst der Menschen gesetzt werden. Die Übermacht und Konzentration multinationaler Konzerne soll gebrochen und einer verstärkten demokratischen Kontrolle unterliegen müssen. Die Stärkung von regionalen Märkten muss, so weit wie möglich, Vorrang haben vor Globalisierungstendenzen (z.B. in der Lebensmittelproduktion). Die Handelsverträge gilt es im Sinne einer realen Partnerschaft in einer multilateralen Form zwischen den Staaten des Nordens und den Staaten des Südens ökologisch, sozial und demokratisch zu gestalten.

2 Schuldenerlass für die Länder des Globalen Südens

Während Staatseinnahmen weltweit unweigerlich zurückgehen, steigen zusätzliche Kosten der Verschuldung von Ländern aus dem globalen Süden erheblich. Bereits vor COVID-19 war für viele sogenannte Entwicklungsländer die finanzielle Situation prekär. Mit den jetzt erforderlichen Investitionen in die Gesundheitsversorgung sowie den Sozialschutz wird das Problem zunehmend verstärkt. Deshalb ist der Mouvement Ecologique, gemeinsam mit NGOs aus dem Kooperationsbereich, der Überzeugung, dass das vom G20 vorgeschlagene Moratorium für Schulden von einkommenschwachen Ländern für das Jahr 2020 und eventuell 2021, sicherlich ein guter Ansatz ist, jedoch eine langfristige Lösung für die strukturellen Probleme im Zusammenhang mit der Verschuldung der Entwicklungsländer dringend vonnöten ist.

3 Systematisch regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen – interministerielle Arbeitsgruppe bilden / neue Technologien fördern!

Mit aller Konsequenz muss die seit Jahren, von allen Akteuren theoretisch begrüßte Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, auch reell angegangen werden. Was Luxemburg anbelangt, so ist diese selbstverständlich im Bereich der Großregion zu sehen. Instrumente in diesem Sinne gibt es zu Hauf: Es gilt die Regionalität (verbunden mit Qualitätskriterien) in öffentlichen Ausschreibungen zu verankern (was durchaus auch aus EU-Sicht zulässig ist, wenn diese an nachvollziehbare Kriterien gebunden ist). Regionale Wertschöpfungsketten sollten gefördert und entsprechende Startups verstärkt unterstützt werden. Im Bereich der Holzproduktion gilt es z.B. die Verarbeitung und Veredelung im Sinne der Schaffung von Mehrwert vor Ort endlich mit doppelter Schlagkraft anzugehen. Dank der Unterstützung von Forschung und Produktdesign gilt es den Aufbau neuer Technologien und Materialien zu unterstützen (warum nicht auch zur Förderung des Ausstiegs aus dem Plastikkonsum, zur Herstellung von ökologischen Baumaterialien u.a.m.).

Auch die Landwirtschaft bietet z.T. ein bedeutendes Potential, wie u.a. der Ausbau der Gemüseproduktion zeigt, bei dem Luxemburg nur wenige Prozent seines Bedarfs selbst produziert...

Es wäre an der Zeit eine interministerielle Arbeitsgruppe zu bilden, die regelmäßig nach außen kommuniziert sowie entschieden und zügig eine Strategie zum Aufbau und zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie der Förderung der Kreislaufwirtschaft erstellt, dies in Zusammenarbeit mit betroffenen Akteuren! Dabei sollte folgende Grundfrage beantwortet werden: in welchen Sektoren ist eine stärkere Regionalisierung (innerhalb der Großregion) sinnvoll und machbar, und welcher Instrumente bedarf es um diese voranzubringen? Diskutiert werden soll aber zudem, wie sich Luxemburg auf EU-Ebene für eine stärkere Regionalisierung stark machen kann.

Leitbild 2: Pandemiebedingter Wirtschaftseinbruch verdeutlicht: Ausstieg aus der Abhängigkeit des Wachstumszwangs ist mehr denn je ein Muss!

Der Mouvement Ecologique moniert seit Jahren die große Abhängigkeit Luxemburgs, vor allem bei der Finanzierung des Sozialsystems, vom stetem Wachstum. (Kleine Anmerkung: die Problematik des exponentiellen Wachstums der Infektionsraten verbildlichte dieser Tage auch die Größenordnung einer exponentiellen wirtschaftlichen Entwicklung.)

Kontinuierliches exponentielles Wachstum ist auf einem begrenzten Planeten weder sinnvoll noch machbar und steht diametral im Widerspruch zu den natürlichen Grenzen des Planeten, so die Gewissheit bereits vor COVID-19! Aber COVID-19 hat noch einmal die Erkenntnis verstärkt, wie anfällig unser heutiges System sogar kurzfristig in krisenhaften Situationen ist und wie sehr sich der Wachstumswahn schlussendlich selbst aushebelt. Es ist doch schon eine fast zynische Tatsache, dass gerade das Streben nach Wachstum dazu geführt hat, dass das jetzt Wachstum noch mehr einbricht!

Immer mehr Menschen erkennen diese Tatsachen. Auf politischer Ebene findet sie jedoch derzeit nur begrenzt Gehör. Nach dem Motto "Berücksichtigung der natürlichen Grenzen können wir uns gerade jetzt nicht leisten, die kurzfristige Wirtschaftspolitik muss Vorrang haben". Wozu das führt, wissen wir mittlerweile.

Zyniker mögen anführen, COVID-19 hätte das Wachstum ja nun begrenzt, Gegner des Wachstumszwangs könnten nun zufrieden sein. Nun: gerade dies ist falsch. All jene, die ein nicht auf dem Wachstumszwang basierendes Wirtschaftsmodell einfordern, treten nicht für einen krisenhaften Einbruch ein, sondern für eine bewusste progressive Umorientierung im Sinne einer zukunftsorientierten Wirtschaftsordnung! Es wäre an der Zeit, diese Umorientierung nun anzugehen. Folgende Maßnahmen drängen sich auf:

4 Ausstieg aus dem Bruttonationalprodukt als Bewertungsinstrument

Das Wirtschaftswachstum als Messlatte für Wohlbefinden und einer stabilen Wirtschaft ist definitiv ein Auslaufmodell. Man gewinnt zunehmend den Eindruck, als ob nicht zuletzt auch deshalb an diesem Modell festgehalten wird, da eine einzige Kennzahl so einfach vermittelbar scheint. Doch diese ist in vielen Hinsichten trügerisch und falsch.

So werden zudem auch all jene Leistungen, die im Lockdown besonders geschätzt wurden (Gemeinwohlprojekte, informelle Arbeit...) kaum bzw. nicht honoriert. Aber auch die Stabilität des Systems, u.a. im Gesundheitsbereich (Stichwort: Lieferketten), wird ausgeklammert.

Das Bruttosozialprodukt als Kenngröße für die Bewertung von Wirtschaft und Gesellschaft ist schlichtweg ein Instrument von gestern. Es muss nun endlich Ernst gemacht werden mit dem "PIB-du bien-être" und anderen Indikatoren, die ein reelles Spiegelbild unserer Gesellschaft und Wirtschaft geben!

5 Sozialsystem unabhängiger vom Wachstum gestalten

Die Finanzierung des Luxemburger Sozialsystems beruht auf dem Prinzip des steten Wachstums. Sprich auch einer steten Steigerung von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmern, dies in einer Endlosspirale. Gemäß offiziellen Aussagen sind die Reserven des Systems ausreichend, um COVID-19 recht "annehmbar" zu überstehen. COVID-19 hat trotzdem aufgezeigt, dass die Abhängigkeit des Systems vom Wachstumszwang ein absoluter Irrweg ist, das Sozialsystem muss auf stabileren Füßen stehen. Kein Weg führt daran vorbei, dass die Regierung, gemeinsam mit Partnern, endlich die längst überfällige Analyse durchführt, wie die Finanzierung unseres Sozialsystems unabhängiger vom Wachstumszwang erfolgen kann und entsprechende Konsequenzen daraus zieht.



Leitbild 3: Das Gebot der Stunde: eine sozial gerechte und ökologisch orientierte Finanz- und Steuerpolitik

Die Bewältigung der Corona-Krise erfordert erhebliche staatliche Finanzmittel. Dabei ist eine zentrale Frage, aus welchen Quellen der Staat diese Gelder aufbringen kann und inwiefern die Gestaltung des Steuersystems eine Rolle übernehmen kann oder muss.

Parallel ist gewusst, dass unser heutiges Steuersystem erhebliche Defizite aufweist! Es ist auf dem ökologischen Auge blind, Arbeit wird erheblich besteuert, Umweltverbrauch, Kapital kaum. Hier drängt sich seit Jahren eine fundamentale Kurskorrektur auf, zumal gewusst ist, dass Luxemburg EU-weit absolutes Schlusslicht ist, was die Besteuerung von Umweltbelastungen betrifft.

Es gilt nun beide Herausforderungen gemeinsam anzugehen: eine Mittelsicherung des Staates zur Bewältigung der Krise und zur Finanzierung von dringend gebotenen Investitionen sowie gleichzeitig eine nachhaltigere Gestaltung des Steuersystems. Dabei ist gewusst, dass eine Neuausrichtung der Steuerpolitik eine Voraussetzung schlechthin für die Bewältigung der Biodiversitäts- und der Klimakrise ist. Hier drängen sich folgende Entscheidungen auf:

6 Stärkere Steuergerechtigkeit herstellen – Umweltverbrauch besteuern – Soziale Ausgleichsmaßnahmen treffen

Geboten ist eine Steuerreform, die den Strukturwandel konsequent fördert, indem:

- der Umweltverbrauch und das Kapital weitaus stärker besteuert werden;
- mehr Verteilungsgerechtigkeit hergestellt wird.

Eine nachhaltige Steuerreform muss entsprechend u.a. folgende steuerlichen Maßnahmen beinhalten:

- Einführung einer CO₂-Steuer von min. 40 Euro / Tonne
- Stärkere Besteuerung des Kapitals / Einführung einer Vermögenssteuer
- Einführung einer Digitalisierungssteuer für große Konzerne
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Dies im Gegenzug mit:

- einer Entlastung des Faktors Arbeit
- sozialen Ausgleichsmaßnahmen für finanzschwache Bevölkerungskreise
- gewissen Ausgleichsmaßnahmen für einzelne Betriebsparteien

Der Mouvement Ecologique drängt entsprechend darauf, dass die angekündigte Steuerreform auf keinen Fall aufgeschoben werden darf. Im Gegenteil: sie sollte mit doppelter Schlagkraft angegangen werden.

Dabei ist wesentlich, dass finanzschwache Personen zwingend von besonderen sozialen Kompensationsmaßnahmen profitieren können. Entsprechend ist eine nachhaltige Steuerreform eine zentrale Maßnahme zur Schaffung von mehr Verteilungsgerechtigkeit.

7 Kontraproduktive Subventionen endlich angehen und reduzieren!

Der Staat kann und darf zudem nicht weiterhin Gelder investieren, die dem Biodiversitäts- und Klimaschutz diametral gegenüber stehen. Die Studie, in welchen Sektoren Gelder kontraproduktiv ausgegeben werden, ist längst überfällig! Gemäß Regierungsaussagen wurde sie bereits vor Jahren in Auftrag gegeben, auf die Resultate wartet man derzeit vergeblich. Dabei ist seit langem bekannt, dass derartige Fehlorientierungen im Subventionssystem bestehen.

Stichwort Landwirtschaft: Hier investiert der Staat im Rahmen des PDR 700 Millionen Euro an europäischen und luxemburgischen Steuergeldern (!) im Zeitraum von 2014 - 2020 ohne Monitoring und Nachweis, dass diese Gelder auch im Sinne des Biodiversitäts- und Gewässerschutzes investiert werden. Ganz im Gegenteil: hier findet vielfach eine staatlich subventionierte Zerstörung unserer Lebensräume und der Biodiversität statt! Diese Gelder gilt es verstärkt und zielgerichtet im Sinne sowohl der Erhaltung einer mittelständischen Landwirtschaft als auch dem Gemeinwohl, d.h. dem Erhalt der Lebensgrundlagen, zu investieren.

Stichwort - Dienstwagen: Gemäß Aussagen und Berechnungen des "Forums ökologisch-soziale Marktwirtschaft" wurde 2014 jeder Dienstwagen im Schnitt mit jährlich 1.992 € subventioniert. Die direkten Steuerausfälle in Luxemburg aufgrund der steuerlichen Begünstigung berechnet Copenhagen Economics (2009) mit 200 Millionen Euro bzw. 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts. Ein absoluter Widersinn (vor allem auch da zusätzlich weiterhin die Dieselfahrzeugflotte gefördert wird). Die Analyse über kontraproduktive Subventionen muss umgehend veröffentlicht und klare Konsequenzen gezogen werden.

8 Divest – Schluss mit der Finanzierung von Klimazerstörung durch öffentliche Gelder!

Die luxemburgische Regierung muss sich endlich ihrer Vorreiterrolle bewusst werden und öffentliche Investitionen in klimaschädliche und menschenrechtsverletzende Unternehmen unterbinden, Stichwort: Divest! Es kann nicht sein, dass im Widerspruch zu internationalen Verpflichtungen, wie dem Pariser Klimaschutzabkommen, die öffentliche Hand im Rahmen des Pensionsfonds (Fonds de compensation) und des Zukunftsfonds munter weiterhin in Kohle, Erdöl und Atomkraft investiert und somit weltweite Klimazerstörung vorantreibt. Der Mouvement Ecologique fordert deshalb ein klares Bekenntnis der Regierung zu einem Systemwechsel bei den staatlichen und parastaatlichen Investment-Fonds, weg von einer klimaschädlichen und hin zu einer klimafreundlichen Investitionspolitik im Einklang mit dem Pariser Abkommen!

Leitbild 4: Gezielte staatliche Prioritätensetzung und Investitionen für Zukunftsprojekte

Es scheint ein Grundkonsens zu bestehen, dass der Staat mit gezielten Investitionsprogrammen die "relance économique" ankurbelt. Gleichzeitig steht außer Zweifel, dass gerade diese Investitionen zur Steigerung der Lebensqualität, zur Begleitung des Strukturwandels und zur gezielten Bekämpfung der Biodiversitäts- und Klimakrise sowie zur Förderung der Gesundheit eingesetzt werden sollen. Folgende Projekte seien, stellvertretend für andere, angeführt:

9 Nachhaltige Landwirtschaft und widerstandsfähiges Ernährungssystem gewährleisten

Die Globalisierung des Landwirtschaftssektors ist einer der widersinnigsten Merkmale unserer heutigen Gesellschaft und Wirtschaft. Gerade die Lebensmittelproduktion gilt es erneut zu regionalisieren. Es kann nicht sein, dass gerade in diesem Sektor weltweite Abhängigkeiten bestehen (auf Kosten der Länder des Südens). Irrsinnig ist zudem, dass jener Sektor, der besonders auf eine intakte Biodiversität angewiesen ist, mit zu den größten Zerstörern gehört. Noch weitaus konsequenter muss der Biolandbau, sowie eine insgesamt nachhaltige Landwirtschaftspolitik, die absolute Priorität der gesamten Regierung werden. Es ist doch schier unerträglich, dass in öffentlichen Ausschreibungen der Verpflegung in Schulen, Tagesstätten sowie im Krankenwesen usw. nicht biologische oder regionale Lebensmittel (produziert mit strengen Qualitätskriterien) vorgeschrieben werden. Es gilt die gesamte Subventionspolitik der Landwirtschaft systematisch zu überarbeiten, nationale Spielräume zu nutzen, neue Förderprogramme zu entwickeln, die integrierte Beratung auszubauen, den Pestizid- und Düngereinsatz systematisch herunterzufahren. Dabei muss auch das Tierwohl im Fokus stehen! Zur Erinnerung: der Antibiotikaeinsatz ist nachweislich ein Problem für den Gesundheitssektor, da die Wirkung von medizinischen Antibiotika beim Menschen abnimmt. **Diese Reform der Landwirtschaftspolitik im Sinn einer resilienten Lebensmittelproduktion sowie des Klima- und Biodiversitätsschutzes darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.**

10 Zukunftsprojekte für eine Mobilitätswende

COVID-19 führte dazu, dass zahlreiche Menschen das Fahrrad neu entdeckten, so manche Städte im Ausland reagierten auch mit einer Strategie zum Ausbau des Radverkehrs. Auch in Luxemburg sollte die Krise genutzt werden, um noch weitaus stärkere Investitionen in den Ausbau des Öffentlichen Transports, des Schienen- und Stadtbahnnetzes (warum den Ausbau der Stadtbahn, auch im Süden des Landes, nicht noch weitaus dynamischer vorantreiben?!), den systematischeren Ausbau von "Fahrrad-Autobahnen" und Fahrradpisten im Generellen zutätigen. Corona hat gezeigt, wie attraktiv das Fahrrad für zahlreiche Menschen sein kann - auch und gerade im Siedlungsbereich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen (in diesem Falle weniger Individualverkehr und somit mehr Sicherheit).

11 Investitionen in die Renovation und den Wohnungsbau stärken!

Wenn es in Luxemburg einen Sektor gibt, bei welchem die ökonomische "Relance" mit gesellschaftlichen und Umweltzielen verbunden werden kann, dann ist es jener der Renovation sowie des Wohnungsbaus. Die Wohnungsnot ist eines der dringendsten Probleme Luxemburgs. Trotzdem gibt es große Leerstände und Baulücken, denn der öffentliche Wohnungsbau ist absolut unterentwickelt. Es gilt massive und erhebliche Finanzmittel in diesen Sektor zu investieren und dabei die Anwendung ökologischer Kriterien zu berücksichtigen. Staat und Gemeinden müssen ihrerseits weitaus offensiver ihre Verantwortung übernehmen und den Markt nicht nur privaten Akteuren überlassen.

12 Klimaneutralität, Programm energetische Renovation des Gebäudebestands, Förderung der Erneuerbaren Energien, Effizienzstrategie, Energiearmut angehen ...

...all jene Elemente der "transition énergétique" - der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft - sind längstens bekannt. Es müssten weitaus mehr Gelder und Manpower in diesen Sektor investiert werden. Parallel gilt es vor allem finanzschwächere Haushalte weitaus stärker zu unterstützen, damit auch sie auf den Weg in die Energietransition mitgenommen werden können. Es gilt dabei auch bestehende Instrumente, die scheinbar nicht den gewünschten Erfolg brachten, "op de Leescht ze huelen", wie z.B. die Klimabank oder "Prime House".

13 Den präventiven Gesundheitsschutz stärken

Benötigt werden nicht nur resiliente Wirtschaftsstrukturen, sondern auch die Förderung der Resilienz bei Menschen, diese können mit Zukunftsherausforderungen, Krisen usw. besser umgehen. Resilienz ist ein Teil einer präventiven Gesundheitsvorsorge, die ebenfalls auf Stärkung der Persönlichkeit usw. setzt. COVID-19 hat aber auch gezeigt, dass gerade dort, wo die Luftbelastung am höchsten ist, die Auswirkungen von COVID-19 sich besonders zeigen. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Umweltbelastung (bzw. sozialen Verhältnissen) und Gesundheit, diese Tatsache muss nicht länger erklärt werden. Trotzdem wird immer noch zu wenig getan, um einerseits den präventiven Gesundheitsschutz, im Sinne von der Förderung des Wohlbefindens aktiv zu fördern sowie den Schutz unserer Umwelt noch systematischer voranzutreiben. Seit Jahren fordert der Mouvement Ecologique einen Aktionsplan „präventiver Gesundheitsschutz“, dieser ist überfällig.

Debatte über Strukturwandel erfordert auch eine Debatte über "nicht nachhaltige" Unternehmen

Kein Weg führt aber auch daran vorbei, endlich den längst überfälligen Dialog darüber zu führen, welche Zukunft es für Unternehmen gibt, die erwiesenermaßen aus Sicht des Klima- und Biodiversitätsschutzes problematisch sind. Zwei Branchen seien dabei kurz kommentiert:

Automobil- und Transportsektor: Es wäre geradezu widersinnig, wenn die öffentliche Hand in Zukunft Gelder in nicht zukunftsfähige Technologien investieren würde, so z.B. im Bereich von Diesel- und Benzinfahrzeugen (vor allem auch auf europäischer Ebene). Dieser Sektor wird mittel- bis langfristig durch neue Technologien ersetzt werden. Entsprechend sollen eventuelle staatliche Unterstützungen primär im Sinne einer Verkehrswende investiert oder ggf. zum Aufbau neuer Technologien im Individualverkehr resp. Transportsektor genutzt werden.

Luftfahrtbranche: Der Flugverkehr ist aus Sicht des Klimaschutzes höchst problematisch. Insofern muss auch Luxemburg sich dafür stark machen, dass eventuelle Unterstützungen für Luftfahrtgesellschaften an klare Auflagen gebunden werden. Z.B. Streichung der Flüge, die in direkter Konkurrenz zu Bahn- oder TGV-Strecken stehen; verbindliche Klimaziele, die im Laufe der kommenden Jahre respektiert werden müssen. Oder für Luxemburg: Streichung von Flügen innerhalb der Beneluxstaaten, die in Konkurrenz zu wichtigen Eisenbahnstrecken stehen, verbindliche zeitlich gestaffelte CO₂-Reduktionsvorgaben u.a.m.

Leitbild 5: Neue gesellschaftliche Werte im Fokus - eine gerechtere Gesellschaft gewährleisten

In den letzten Wochen und Monaten fand eine gewisse "Werteverschiebung" und "Bewusstseinsbildung" statt. Einerseits, was die grundsätzliche Anerkennung einer Reihe von Berufen anbelangt, deren gesellschaftliche Bedeutung für viele Bürger*innen in diesem Ausmaß wohl bis dato nicht so bewusst war (Ärzte, Krankenpfleger, Hilfsdienste, öffentliche Hand...), andererseits entdeckten zahlreiche Menschen zudem den Reiz der Entschleunigung, die Bedeutung von verstärktem menschlichen Austausch, sozialen Netzwerken, Familien und Freunden, der Naturerkundung in der Umgebung des Wohnumfeldes, der Gartenarbeit u.a.m. Es ist am Staat diese Bewusstseinsbildung aufzugreifen und durch klare politische Entscheidungen zu unterstützen im Sinne der Förderung eines anderen Lebens- und Konsumstils. Nur wenn staatlicherseits der richtige Rahmen gesetzt wird, werden diese Entwicklungen Bestand haben. Dies bedeutet:

14 Neue Arbeitszeitmodelle einführen

Die Produktivitätssteigerungen der vergangenen Jahrzehnte wurden, um es etwas vereinfacht auszudrücken, entweder in Dividenden von Aktionären oder aber in den Konsum investiert, sprich in Ressourcenverbrauch u.v.a.m. Ein neues Gesellschaftsmodell fußt auf "weniger" Arbeitszeit, so dass auch mehr Raum für Miteinander usw. entsteht. Entsprechend gilt es in jeder Hinsicht neue Arbeitszeitmodelle zu entwickeln! Diese sollten, neben dem Konzept der Reduktion der Arbeitszeiten u.a.m., auch die Telearbeit beinhalten. Wobei die Telearbeit nicht per se nur Vorteile bietet, es gilt sie gesetzlich derart zu steuern, dass der Arbeitsdruck nicht weiter zunimmt u.a.m.

15 Neue Modelle des Wirtschaftens im Fokus

Sharing, Re-use / Repair, Gemeinschaftsprojekte, Solidarische Landwirtschaft: all jenen neuen Formen des Wirtschaftens gehört die Zukunft. Sie gewährleisten resiliente Gesellschaften und Stabilität im Wirtschaftssystem sowie Ressourcenschutz und mehr Lebensqualität. Alles sollte unternommen werden, um diese Initiativen zu stärken: über Direktsubventionen, steuerliche Entlastungen, Programme zur Unterstützung beim Einrichten derartiger Initiativen, die stärkere Berücksichtigung bei öffentlichen Ausschreibungen, Sensibilisierungsaktionen...

16 Debatte über Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens führen

Die Einkommensverluste zahlreicher Menschen führte dazu, dass die Anzahl jener Ökonomen und Sozialpolitiker, die sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen, zugenommen hat. Es wäre an der Zeit, dass in Luxemburg eine wirkliche Diskussion über Pro und Contra dieses Modells auch staatlicherseits initiiert wird und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden.

Leitbild 6: Verbesserte demokratische und bildungspolitische Rahmenbedingungen schaffen

17 Stärkung des gesellschaftlichen Dialogs und Austauschs

Die großen Herausforderungen erfordern demokratische Prozesse, verstärkte Bürgerbeteiligung, Bekämpfung der "fake news" u.a.m. Der bewusster Ausbau einer demokratischen Kultur und die Einbeziehung aller Interessen- und Bevölkerungsgruppen ist ein Muss! Dies übrigens nicht nur in Luxemburg selbst: in all seinen europäischen und internationalen Engagements muss Luxemburg weitaus entschiedener Menschenrechtsverletzungen, u.a. gender-, medienfeindliche Handlungen von Staaten thematisieren. So hätte das Freihandelsabkommen mit Singapur, aufgrund der dortigen gesellschaftlichen Situation, nie unterschrieben werden dürfen. Nur demokratisch gestaltete Gesellschaften sind resiliente Gesellschaften.

18 Bildung: ein Muss!

Die Schule muss ihrem Bildungsauftrag gerecht werden und sich den großen gesellschaftlichen Herausforderungen annehmen. Eine resiliente Gesellschaft muss sich offensiv mit Zukunftsfragen auseinandersetzen und lernen Lösungsansätze demokratisch zu verhandeln. Gebraucht werden mutige politische Entscheidungen und konkrete Schritte in Richtung nachhaltige Schulen. Diese müssen von einer allzu oft fächerbezogenen reinen Wissensvermittlung und einem punktbasierten "learn-to-test" System zu einem fächerübergreifenden problemlösenden Projektunterricht übergehen.

19 Kultur und Medien als wesentliches Element des Miteinanders

Kultur und Medien waren für zahlreiche Menschen, während COVID-19 besonders hilfreich. Während die Kultur essentiell für das Wohlbefinden ist, sind beide zudem unerlässlich, um eine Auseinandersetzung über Zukunftsfragen, den positiven Austausch über Standpunkte / Sichtweisen, das Bekämpfen von Fake news u.a.m. anzugehen. Sie sollten entsprechend bei der Relance économique nicht vergessen werden.

Schlussfolgerungen

COVID-19 hat aufgezeigt, wohin uns die Missachtung der Naturgesetze führt.

Bei der Herausforderung vor der unsere Gesellschaft derzeit steht, geht es deshalb um Mehr, als "öffentliche Gelder zur Überwindung der Coronakrise zu verteilen".

Es geht darum, diese Krise zu überwinden und **gleichzeitig** eine tiefgreifende Transformation unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells in die Wege zu leiten, um die weitaus dramatischeren Klima- und Biodiversitätskrisen zu verhindern sowie das Gemeinwohl und die soziale Gerechtigkeit zu stärken. Es muss alles unternommen werden, damit die 3 Krisen gemeinsam angegangen werden und neue positive Zukunftsbilder entwickelt werden. Aussetzen, vertagen geht nicht.

Nichts tun würde nur dazu führen, dass in einigen Jahren die Eingriffe brutaler und noch tiefgreifender wären und die bereits erfolgten Schäden nicht abzuschätzen.

COVID-19 muss eine Zäsur in der Gestaltung unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells darstellen. Oder wie der Soziologe Edgar Morin es ausdrückt: "Cette crise nous pousse à nous interroger sur notre mode de vie, sur nos vrais besoins masqués dans les aliénations du quotidien."

UN-Generalsekretär Antonio Guterres: "Auch wenn es gerade dunkel ist - wir müssen die Krise als eine Chance sehen, eine neue, eine gesündere und resilientere Welt aufzubauen". (Petersburger Dialog).

Es wäre töricht, diese Chance nicht nutzen zu wollen.